

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

30. Jänner 1947

Blatt 109

Wochenendbetrieb in den Städtischen Bädern

=====

Durch das Einlangen einer bescheidenen Kohlenmenge ist es möglich geworden in folgenden Städtischen Volksbädern am Samstag, den 1.2., von 7 bis 19 Uhr, und Sonntag, den 2.2., von 7 bis 12 Uhr, die Brauseabteilungen offen zu halten:

- | | |
|-----------------------|--------------------------------|
| 2., Vereinsgasse 31, | 10., Gudrunstraße 163 a, |
| 3., Apostelgasse 18, | 14., Hütteldorfer Straße 136, |
| 7., Hermanngasse 28, | 15., Reithofferplatz 4, |
| 8., Florianigasse 24, | 16., Friedrich Kaiser Gasse 11 |
| 9., Wiesengasse 17, | 18., Klostergasse 27. |

Die Dampf- und Wannenabteilung des Städtischen Jörgorbades ist Freitag, den 31.1., von 9 bis 19 Uhr, Samstag, den 1.2., von 8 bis 19 Uhr, und Sonntag, den 2.2., von 7 bis 12 Uhr, in Betrieb.

Schwedische Weizenspende für die Bergarbeiter

=====

Die Österreichische Vereinigung in Schweden hat dem Leiter ihres Wiener Komitees, Stadtrat Afritsch, mitgeteilt, daß sie für die österreichischen Bergarbeiter 1000 kg Weizenmehl in Schweden gesammelt und bereits zum Versand gebracht habe. Die schwedische Mehlspende wird im Einvernehmen mit der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter Österreichs verteilt werden.

Reinigungsgeld und Sperrgeld

=====

Mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien wurde mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1947 das dem Hausbesorger gebührende Reinigungsgeld um 50 % erhöht. Gleichzeitig wurde das Sperrgeld für das Öffnen des Tores neu festgesetzt. Es beträgt 60 Groschen für das Aufsperrn vor Mitternacht und 1 Schilling für das Aufsperrn nach Mitternacht.

Die Schneesäuberung am 30. Jänner

Bei der Städtischen Straßenreinigung waren am heutigen Tage 8 automobile Schneepflüge, 2 Traktoren und 16 pferdebespannte Schneepflüge eingesetzt. Für die Schneefuhr standen die Schneeauflagemaschine, 11 Lastautos und 114 Pferdefuhrwerke in Betrieb. Außer dem ständigen Personal waren heute bei der Städtischen Straßenreinigung 1979 Schneearbeiter beschäftigt, u.zw. 919 freiwillige Schneearbeiter, 861 durch Firmen beige stellte Arbeiter und 199 Notdienstverpflichtete. Die Wiener Verkehrsbetriebe führten die Schneesäuberung nur mit eigenen Kräften durch.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien zur Typhusepidemie

In den letzten Tagen sind im Zusammenhang mit der Typhusepidemie Meldungen gebracht worden, die zum Teil nicht den Tatsachen entsprechen und für die das Gesundheitsamt der Stadt Wien nicht verantwortlich ist. Hiezu wird amtlich richtiggestellt, daß die Zahl der Typhusverdachtsfälle in den Wiener Randbezirken mit heutigem Datum 283 Fälle beträgt. Davon sind bis jetzt 180 Fälle einwandfrei als Typhus festgestellt, darunter sind 4 Todesfälle.

Im allgemeinen besteht kein Zusammenhang der im Gebiete Alt-Wiens vereinzelt aufgetretenen Fälle mit der Epidemie in den Randgemeinden. Solche vereinzelt Fälle kamen ständig vor und ihre Zahl hat im Laufe der letzten Monate sogar eine starke Abnahme erfahren.

Das Wiener-Hochquellenwasser ist einwandfrei und kann ohne weiteres unabgekocht genossen werden. Bei den Brunnen und Ortswasserleitungen in den Randgemeinden ist jedoch für alle Fälle Vorsicht, das heißt, Abkochen des Wassers, am Platze.

Der Hauptverdacht bezüglich der Ursache der Epidemie richtet sich auf mit Typhusbazillen infizierte Fleischwaren. Wenn auch bisher kein endgültiger bakteriologischer Beweis hierfür erbracht werden konnte, so sprechen doch schwerwiegende Indizien für diese Annahme. Die gesamten ihrer Herkunft nach als verdächtig erschienenen Fleischwaren wurden bereits beschlagnahmt und werden erst nach behördlich überwachter Sterilisierung wieder dem Ernährungs-

amt zur Verfügung gestellt.

Für den angenommenen Fall einer Infektion der Fleischwaren durch einen oder mehrere Typhusbazillenausscheider kann keinesfalls irgendeiner Person oder einem Unternehmen ein Verschulden angelastet werden. Mit Typhusbazillen infizierte Fleischwaren sind nicht verderben im landläufigen Sinne und weder bei der markt-antlichen Untersuchung noch für den Fleischhauer als solche kenntlich.

Es besteht kein Anlaß zur Beunruhigung: Der Höhepunkt der Epidemie scheint überschritten zu sein, das heißt, das Tempo der Neuerkrankungen hat sich bereits verlangsamt. Dennoch sind noch zahlreiche Neumeldungen zu erwarten, denn die Maßnahmen der Sanitätsbehörden, die der Ausbreitung der Krankheit einen Riegel vorschoben, können bei bereits erfolgter Ansteckung, die beim Typhus dem Ausbruch der Erkrankung um zwei bis drei Wochen vorausgeht nicht mehr wirksam sein.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat, in Zusammenarbeit mit der Sanitätsdirektion Niederösterreich und dem Landesveterinäramt und unterstützt von den interessierten **alliierten Stellen**, vom ersten Tage der Epidemie an die erforderlichen Maßnahmen gegen eine weitere Ausbreitung der Krankheit getroffen und führt sie intensiv **weiter** durch.

Lagerbestandsaufnahme in allen Lebensmittelbetrieben =====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Alle Lebensmittelgroß- und Kleinbetriebe in Wien haben mit Stichtag Sonntag, den 2. Februar 1947 eine Inventur durchzuführen. Es sind alle Lebensmittel anzumelden, die sich in den Betriebsräumen befinden. Bäcker und Brotfabriken haben auch die Salzbestände anzuführen. Sperrlager sind getrennt anzugeben und als solche zu bezeichnen.

In der Warenbestandsmeldung der Kleinbetriebe sind die Lebensmittelgroßhändler zu vermerken, von denen die Waren bezogen werden. Die Lagermeldung (auch Leermeldung) ist in dreifacher Ausfertigung Montag, den 3. Februar 1947 bis 12 Uhr mittags bei der zuständigen Marktamtsabteilung abzugeben. Nichtbefolgung oder unrichtige Angaben werden bestraft. Drucksorten sind in den Marktamtsabteilungen erhältlich.

Die Kälteferien verlängert
=====

Der Stadtschulrat für Wien teilt mit:

Obwohl der Kohleneinlauf sich in den allerletzten Tagen etwas gebessert hat, besitzen die Schulen infolge der Notwendigkeit, die Spitäler und Bäckereien in erster Linie zu beliefern, derzeit noch keinen Kohlenvorrat, der eine Wiederaufnahme des Normalunterrichtes möglich machen würde. Der für die Wiedereröffnung der Schulen in Aussicht genommene Termin vom 3. Februar muß daher auf den 17. Februar verschoben werden.

Es ist die Hoffnung vorhanden, falls die Kohlenzuschübe anhalten, von diesem Zeitpunkt an den Unterricht bis zum Ende der Heizperiode aufrecht erhalten zu können.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

Der Wiener Gemeinderat trat heute um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr abends unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General Dr. h.c. Körner zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahre zusammen. Am Beginn der Sitzung nahm der Gemeinderat zuerst die in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Neuwahl der Schriftführer sowie Nachwahlen in verschiedene Gemeinderatsausschüsse vor. Ferner wurden 12 Mitglieder der Personalkommission und 14 Mitglieder für den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien sowie der Vorsitzende und zwei Beisitzer für das Schiedsgericht der Krankenfürsorgeanstalt gewählt.

Ohne Wortmeldung genehmigte der Gemeinderat zwei im Stadtsenat bereits vorbereitete Geschäftsstücke auf Festsetzung, bzw. Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, sowie einen Antrag auf Verkauf von Wasserleitungsrohren an die Österreichischen Staatseisenbahnen.

Der Gemeinderat ging sodann in die Beratung der neuen Tarife für die drei städtischen Monopolunternehmungen ein. Sie wurden unter einem behandelt. Darüber referierte Stadtrat Dr. Exel (ÖVP), der einleitend darauf hinweist, dass sich bei den städtischen Unternehmungen sehr bedeutende Defizite ergeben haben.

So ist bei dem städtischen Elektrizitätswerk im Erfolgsplan 1947 ein Verlust von 16,910.000 Schilling ausgewiesen. Zur Deckung dieses im wesentlichen durch die Weltmarktpreise bedingten Defizites wurde von der Direktion dieser Unternehmung eine Tarifregulierung ausgearbeitet, die im Durchschnitt 40.6 % beträgt. Bei den Haushalten ergibt sich eine Erhöhung von 40.7 %, bei Gewerbe und Landwirtschaft von 39.57 %, bei Nachtstrom von 53.47 % und bei den Sonderabnehmern von 23.41 %.

Diese neuen Stromtarife werden schrittweise durchgeführt, so dass erst von 10. Februar 1947 an eine teilweise Erhöhung eintritt, die volle Verteuerung sich aber erst nach insgesamt 8 Wochen auswirken wird.

Trotz dieser Tarifregulierung wird das Jahr 1947 noch mit einem Verlust von 1,060.000 Schilling abschliessen.

Bei den Wiener Gaswerken hat sich ein Abgang von 28,470.000 Schilling ergeben. Zu seiner Deckung ist es notwendig, die Kokspreise an die gestiegenen Kohlenpreise und die sonstige Produktionsverteuerung anzupassen und die Gaspreise zu erhöhen. Die Erhöhung beträgt im allgemeinen 50 % und tritt mit 3. Februar 1947 in Kraft. Es wird dabei die gleiche Mischpreisregelung Anwendung finden, wie bei den Strompreisen.

Stadtrat Dr. Exel kam im dritten Teil seines Referates auf den Erfolgsplan der Wiener Verkehrsbetriebe zu sprechen, auf dessen Aufwandseite sich insbesondere die hohen Lohnkosten auswirken, die von den ursprünglich angenommenen 46 1/4 Millionen Schilling auf 65 1/2 Millionen Schilling gestiegen sind. Aus diesem Grund und im Zusammenhang mit den gestiegenen Materialpreisen war es auch hier notwendig, zu einer Tarifierhöhung zu schreiten. Der Tagesfahrschein wird wieder auf die Höhe vor dem März 1938, also auf 35 Groschen gebracht. Dass er bis jetzt nur 25 Groschen kostete, ergibt sich daraus, dass man im Jahre 1945 25 Pfennig einfach 25 Groschen gleichgesetzt hat. Die anderen wichtigsten Fahrpreise betragen für den Vorverkaufsschein 33 Groschen, für die in einem Tarifgebiet geltende Wochenkarte S 2.10, für die Wochenkarte der Tarifgebiete I und II S 2.50. Die Halbjahresnetz-karte wird von 125 auf 175 S, die Monatsnetz-karte von 25 S auf 35 S und die ermässigte Monatsnetz-karte für Kriegsinvalide und Fürsorgeräte von 4 S auf 5 S erhöht. Der Preis des Kinderfahr-scheines ist im allgemeinen gleichgeblieben. Gestaffelt ist der Autobus- und Obus-Fahrpreis, der in der dritten Teilstrecke statt 30 Groschen 35 Groschen und in der vierten Teilstrecke statt 45 Groschen 50 Groschen kosten wird.

Die Tarifierhöhung bei den Wiener Verkehrsbetrieben wird eine Einnahme von 135,257.000 Schilling ergeben, sodass der voraussichende Jahresverlust von 22,565.400 Schilling sich auf 680.900 Schilling vermindert.

In der darauffolgenden Debatte nahm zuerst G.R. Soswinsky (KPÖ) das Wort. Er führte unter anderem aus:

Die Frage der Tarifierhöhungen ist für die Gemeindeverwaltung eine äusserst wichtige Angelegenheit, denn der Wiener Bevölkerung erwachsen daraus Lasten, die auf die Dauer untragbar sind. Man sollte annehmen, dass die Verhandlungen darüber zeitgerecht begonnen wurden, besonders dann, wenn hier, wie im

Parlament, eine sogenannte Konzentration herrscht. Am 5. Dezember soll eine Verhandlung stattgefunden haben, ob die Vertreter der kommunistischen Partei hierzu eingeladen wurden, kann nicht mehr festgestellt werden. Aber die Vertreter unserer Partei haben in der Sitzung des Stadtsenates und Gemeinderatsausschusses eine Reihe von Anfragen dahingehend an den amtsführenden Stadtrat gerichtet, wie denn diese Wirtschaftspläne zustande gekommen seien. Der amtsführende Stadtrat hat nach acht Tagen die Antwort darauf gegeben, die nach der Meinung meiner Partei ungenügend war. Darum haben wir damals gegen diese Wirtschaftspläne gestimmt.

Es wäre die Aufgabe des amtsführenden Stadtrates gewesen, den Weg der Verhandlung zwischen den Parteien zu beschreiten. Konzentration ist eben nicht die Überschrift über eine Regierung, sondern es bedeutet die Notwendigkeit, die Widerstände durch Zusammenarbeit zu bewältigen. Die Tarifierhöhungen bedeuten eine grosse Belastung und es ist daher die Pflicht des Gemeinderates, genauest zu überprüfen, ob jede einzelne dieser Erhöhungen notwendig ist. Leider hat man erst im letzten Moment mangelhaftes und vielleicht auch falsches Material beigelegt. Dass die Beamten, die den Vorschlag ausgearbeitet haben, gewissenhaft arbeiteten, ist selbstverständlich. ^{Wenn} aber die Arbeit der Beamten die wirtschaftliche Kontrolle ersetzen soll, dann wird die Anwesenheit der Vertreter der Parteien in diesem Saal fast überflüssig werden.

Die vorgeschlagenen Tarifierhöhungen sind die Folge einer Wirtschaftspolitik, wie wir sie heute in Österreich betreiben, die Folge davon, dass es in unserer ganzen Wirtschaft überhaupt keinen Plan gibt. Dass das Preischaos in den verschiedensten Industriezweigen die Wirtschaft in Unordnung bringt, ist jedem bekannt. Dass in diesem Zusammenhang auch die Löhne ansteigen, aber nie auf eine solche Höhe, wie die Preise, ist ebenfalls eine Binsenwahrheit. Die Richtung unseres Aussenhandels beweist, dass auch unsere Aussenhandelspolitik falsch ist.

Der Redner stellte dann fest, dass Wien bei der Zuteilung von Kohle sowohl mengenmässig als auch hinsichtlich des Preises benachteiligt wird. Die Ruhrkohle stellt sich für die westlichen Bundesländer wesentlich billiger als die polnische Kohle, die der östliche Teil Österreichs konsumiert.

In den Monaten, in welchen genügend Wasser vorhanden war, konnten wir so viel Strom verbrauchen, als wir wollten und darüberhinaus noch ausführen. Nun aber, da das Wasser fiert, ist man auf die Kohle angewiesen und auch hier hat die Gemeinde wenig unternommen, um Kohle nach Österreich zu bringen.

Auch bei der Straßenbahn macht sich die gleiche verfehlte Wirtschafts- und Handelspolitik bemerkbar. Im Dezemberbericht des Sektors "Industrie" der Kammer ist zu lesen, daß die Fahrzeugindustrie, die Maschinenindustrie und die Fahrzeugbauindustrie für das Frühjahr nur 8 % der notwendigen Bleche und Metalle bekommen wird. Man kann sich nun ein Bild über das weitere Fortschreiten des Aufbaues in Österreich machen. Es ist aber zu bedenken, daß bei einem genügenden Fahrpark viel mehr zahlende Fahrgäste auf den Straßenbahnen befördert werden könnten.

Auf alle Vorwürfe wird immer geantwortet, das ist Sache des Bundes. Wir sind für einheitliche Lenkung und Planung und sind der Meinung, daß sich alle Bundesländer daran halten müßten. Wenn aber die verantwortlichen Stellen nichts oder fast gar nichts machen, wenn die Bundesländer sich an keine Vereinbarungen halten, dann können wir aus Kompetenzgründen die Bevölkerung Wiens weder ernähren noch verhungern lassen. Für uns Kommunisten gilt eines: Die Not des Volkes kennt keine Kompetenzen. Die falsche Wirtschaftspolitik der Mehrheitsparteien im Parlament ist schuld, daß die Unternehmungen der Stadt Wien und alle anderen Betriebe, ob privat oder öffentlich, sich in dieser katastrophalen Lage befinden.

Die Tarifierhöhungen die zwar meisten nur 5 oder 10 Groschen ausmachen, bedeuten für eine Arbeiterfamilie in Wien eine Mehrbelastung von 11 Schilling. Kein Arbeiter in Wien ist mehr in der Lage, diese Belastung aus eigenem zusätzlich zu tragen. Die unmittelbare Folge werden nun wieder Lohnforderungen sein.

Redner hebt hervor, man hätte zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage bereits vor Wochen Verhandlungen über die aus dem polnisch-österreichischen Kohlenabkommen in die Ausgleichskasse abzuführenden Beträge beginnen sollen. Auch bezüglich der Erschließung neuer Erdgasquellen hätten schon längst Verhandlungen in die Wege geleitet werden sollen. Die Anlegung von Erdölreserven sei gleichfalls verabsäumt worden.

Wir sind durch die katastrophale Situation der Unternehmungen gezwungen, den vorgeschlagenen Erhöhungen zuzustimmen, aber

die Folgen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik sollten sich nicht auf die wirtschaftlich Schwächsten auswirken.

Namens der kommunistischen Fraktion stellt Dr. Soswinsky schließlich Abänderungsanträge, denen zufolge die Grundgebühren der Gaswerke bei Gasmessergröße 5 unverändert, die Erhöhung bei Gasmessergröße 10 nur mit monatlich 65 Groschen gegenüber 80 Groschen des Direktionsantrages, bei den übrigen Gruppen aber über den Direktionsvorschlag hinaus gehen soll, so daß die Erhöhung bei einem 45-flammigen Gasmesser auf 2.50 Schilling statt 2 Schilling, bei einem 100-flammigen Gasmesser 6 Schilling statt 4.50 Schilling, bei einem 200-flammigen Gasmesser 10 Schilling statt 7.50 Schilling des Direktionsantrages betragen soll.

Für den Stromtarif sieht der Antrag Dr. Soswinsky beim Kleinstabnehmerarif K 60 eine Erhöhung der Grundgebühr auf nur 80 Groschen statt nach dem Direktionsantrag auf 1 Schilling, bzw. auf 1.60 Schilling statt auf 2 Schilling, beim Tarif H 10 jedoch eine solche auf 2.20 Schilling gegenüber 2 Schilling und beim Tarif H 20 auf 1.40 Schilling für jeden weiteren Raum statt auf 1.20 Schilling nach dem Direktionsantrag vor.

G.R. Dr. Soswinsky schließt seine Ausführungen: Weil wir die Fehlerquellen und die Möglichkeit ihrer Beseitigung heute hier aufgezeigt haben, erklärt die Fraktion der Kommunistischen Gemeinderäte, daß sie in Zukunft jeder Tarifierhöhung, die sich durch die falsche Wirtschaftspolitik ergibt, die Zustimmung versagen wird. Wir werden heute den wesentlichsten Teilen des Tarifes unsere Zustimmung geben; Zeigen aber auch Sie der Wiener Bevölkerung, daß Sie Verständnis für ihre katastrophale Lage haben und nehmen Sie unseren Abänderungsantrag an!

G.R. Dkfm. Nathschlager (ÖVP) erinnert daran, daß er schon während der Budgetdebatte den Vorschlag gemacht hat, einen gemeinderätlichen Sonderausschuß zu bilden, der sich mit der Gebarung der städtischen Unternehmungen zu beschäftigen hätte. Da dieser Vorschlag seinerzeit von dem Sprecher der Sozialistischen Partei abgelehnt wurde, hat die ÖVP innerhalb ihrer eigenen Fraktion einen solchen Ausschuß gebildet, der in alle Unterlagen der städtischen Unternehmungen Einsicht nehmen konnte und dem dabei auch die entsprechenden Fachexperten zur Seite standen.

Der Ausschuss war somit in der Lage, sich ein richtiges Bild zu verschaffen und überprüfte alle Faktoren, die zu den Tarifierhöhungen geführt haben.

Der Redner kam dann auf die von Dr. Soswinsky erwähnte Ausgleichskasse zu sprechen und stellte fest, dass man aus einer solchen nur bei grossem Export Nutzen ziehen könne. Ein solcher ist aber nicht möglich, so lange es Stromkrisen gibt, an denen die Vertreter der Kommunistischen Partei nicht ganz unschuldig zu sein scheinen. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn Dr. Soswinsky auf die Möglichkeit einer Ausfuhr seitens der Steirischen Magnesitwerke hinweist, dann muss gesagt werden, dass auch diese Werke infolge der Stromkrise stillstehen.

Zu den Tarifierhöhungen wäre ferner zu sagen, dass die in den letzten Wochen erfolgten Preissteigerungen für inländische Kohle dabei noch garnicht berücksichtigt wurden und dass die in nächster Zukunft zu erwartenden verschiedenen Preiserhöhungen nicht in Ansatz gebracht wurden. Infolge dieser vorsichtigen Kalkulation besteht die Gefahr, dass die drei Unternehmungen mit den geplanten Erhöhungen wahrscheinlich nicht lange das Auslangen finden können.

Die Arbeiten des Sonderausschusses waren aber mit der kostenmässigen Überprüfung nicht erledigt und man beschäftigte sich auch damit, irgendwelche Erleichterungen für die Bevölkerung zu ermöglichen. So wurde ein Zweifahrten-Fahrschein auch für Wochentage erwogen, ferner die Festsetzung des Wochenkartonpreises auf S 2 anstatt auf S 2.10 und auch die Einführung eines Zonentarifes. Ebenso wurde an die Festsetzung eines niedrigeren Tarifes für Haushaltgas und niedrigerer Grundgebühren der Gasmesser der kleinen Haushalte gedacht. Alle diese Vorschläge mussten aber nach Durchrechnung, infolge der betrieblichen Verhältnisse zurückgestellt werden.

Der Redner betonte sodann, dass der Antrag des GP-Dr. Soswinsky keine praktische ^{Bedeutung} hat. Wenn er vorschlägt, dass sich die Grundgebühren bei den 20-flammigen Gasmessern um 100% erhöhen sollen, so würde eine derartige Erhöhung auch viele Arbeiterhaushalte betreffen. (Hört-Hört-Rufe bei der ÖVP.) (Zwischenruf des Stadtrates Rohrhofer: Rechenkünstler!)

Wer die "Volksstimme" liest, weiß mehr!) Letzten Endes muß aber festgestellt werden, daß eine fühlbare Erleichterung für die Bevölkerung sich betragsmäßig schwer auswirken würde und daß Ermäßigungen auf einer anderen Seite herbeigebacht werden müßten, was schwierig und direkt unmöglich ist. Es ist festzustellen, daß G.R. Dr. Soswinsky als Vertreter der Kommunistischen Partei wieder besseres Wissen Vorschläge macht, die nicht hieb- und stichfest sind und von den Fachleuten zurückgewiesen werden müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dipl.Kfm. Nathschläger gab sodann seinem Befanden über die Politik der Mehrheitspartei in diesem Hause Ausdruck und betonte den Wunsch nach Konzentration und ehrlicher demokratischer Zusammenarbeit. Seitens des Bundespräsidenten wurde ein ernster Appell an alle gerichtet, in dieser ernstesten Zeit Österreichs auch eine österreichische Gesinnung an den Tag zu legen. Was aber von den Kommunisten gemacht worden ist, ist nichts anderes als schändliche Demagogie. Diese Vorgangsweise müssen wir von der Volkspartei entschiedenst ablehnen. Geben wir doch in diesem Augenblick der Bevölkerung das Beispiel einer wahrhaft großen Gesinnung. Die Österreichische Volkspartei wird ihren Weg weiterhin gehen mit dem Blick auf eine neue und schönere Zukunft im Sinne Dr. Lugers. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)
Wir stimmen daher nach ernsthafter Überprüfung für die unabwendbare Erhöhung der Tarife.

Für die Sozialistische Partei sprach sodann Vzbgn. Speiser, der unter anderen ausführte: Die Sozialistische Partei befindet sich mit ihrer Verantwortung in einer eigenartigen Situation. Diese Verantwortung hat ihr die große Zahl von Wählern auferlegt, die sie in dieses Haus entsendeten.

Wir sind stolz auf die Politik, die wir in der Zeit von 1918 bis 1934 eingeschlagen haben und wenn wir Rückschau halten, so können wir sagen, daß meine Fraktion schon einmal hier gut gewirtschaftet hat. Unsere große Tradition war die Ordnung im Gemeindehaushalt und in den städtischen Unternehmungen aufrecht zu erhalten und wir erinnern uns gerne an den Mann, dem die Ordnung in den Gemeindeunternehmungen besonders oblag, an unseren Stadtrat Hugo Breitner (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Es ist heute hier seitens des Redners der Kommunistischen Partei, aber auch von der Volkspartei der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, dass es vielleicht nicht die letzte Tarifierhöhung ist, die wir in diesem Saal zu beschliessen haben.

Es sollten möglichst selten solche Tarifierhöhungen über die Bevölkerung verhängt werden. Wenn sie aber wieder einmal notwendig würden, wenn die sachlichen Erfordernisse zeigen, dass nicht anders vorgegangen werden kann, dann sollten alle Parteien in diesem Saale wieder zusammenhelfen. Nur das ist der Geist der Konzentration.

Nach dem Jahre 1918 ist es der damaligen Gemeindeverwaltung gelungen gegen eine starke Opposition die städtischen Unternehmungen in Ordnung zu betreiben. Auch nach diesem schweren Kriege haben wir immer wieder gewartet und gezögert, bis wir uns endlich entschlossen haben, den Anregungen sowohl des Finanzreferenten als auch des Stadtrates für ^{die} städtischen Unternehmungen folgend, auf die Notwendigkeit der Tarifierhöhungen für die drei grossen städtischen Unternehmungen einzugehen.

Es kann gesagt werden, dass die vorgenommenen Tarifierhöhungen gegenüber den anderen Preissteigerungen nicht bedeutend sind. Z.B. sind die Tarifierhöhungen bei den städtischen Gaswerken trotz der schweren Zeiten und der Lohnerhöhungen nicht sehr hoch. Dies zeigt eine Gegenüberstellung mit den Gaspreisen für 1934. Damals wurden für den m³ 21 Groschen und heute 20 Groschen gefordert. Bei den Tarifierhöhungen der Strassenbahn wirken sich die 50%ige Lohnerhöhung^{en} für die Bediensteten stärker aus.

Der Redner stellte fest, dass die Tarifierhöhungen naturgegeben seien, sonst würden die Parteien des Gemeinderates nicht zustimmen.

Die Kommunistische Fraktion habe Anträge gestellt, dass man gewisse Positionen des Tarifes bei den Grundgebühren der Gas- und Elektrizitätswerke für die Abnehmer mit kleinstem Einkommen etwas ermässigen möge.

Hiezu stellte der Redner fest, dass schon vor 1934 ununterbrochen daran gearbeitet worden ist, die Tarife sowohl der Strassenbahn als auch der Gas- und Elektrizitätswerke den sozialen Verhältnissen der Wiener Bevölkerung anzupassen. Dieses soziale Prinzip wird übernommen und ist unbestreitbar und in keiner Stadt der Welt gibt es einen Strassenbahntarif der sozial so gestaffelt wäre, wie der Strassenbahntarif von Wien. Hier bedeutet die Arbeiterwochenkarte eine der grössten Errungenschaften. Sie bedeutet, dass 120 Millionen Fahrkarten zu 17 1/2 Groschen verkauft werden.

Die Grundgebühren bei den Gas- und E-Verken bewegen sich zwischen 0.60 bis 15 Schilling. Aus diesen Variationen ergibt sich der soziale Gedanke. Daher sind die Anträge, auch die allerkleinsten Tarife noch einmal zu ermässigen, überflüssig. Es kann ihnen also nicht zugestimmt werden.

Die Vorschläge der kommunistischen Fraktion bedeuten eine Verminderung der Einnahmen der Gas- und Elektrizitätswerke um 700.000 Schilling, und wir können uns daher im Hinblick auf eine gewissenhafte Gebarung diesen Vorschlägen nicht anschliessen. Auf irgend welche Einnahmen aus der Ausgleichskasse können wir uns nicht verlassen, da wir diese wahrscheinlich nicht bekommen würden. Auch neue und billigere Erdgaspreise können wir uns nicht erhoffen. Wir haben in dieser Angelegenheit schon öfter Verhandlungen eingeleitet, konnten aber keine Erfolge erzielen. Die Anlegung von Erdölreserven wurde schon zu einer Zeit geplant, als ich noch amtsführender Stadtrat für die städtischen Unternehmungen war, sie ist uns aber nicht gelungen. Die Verhältnisse waren stärker als wir. Wir können auch nur mit den Kohlenpreisen kalkulieren, die wir zu bezahlen haben, und auf Grund der Löhne der Bediensteten der Betriebe, die gewiss nicht zu hoch angesetzt sind.

Der Bürgermeister der Stadt Wien hat schon im April 1946 bei den Alliierten und bei der Bundesregierung die Einlagerung von Kohle für Wien angeregt und ununterbrochen gedrängt. Ich selber habe gleichfalls durch meine Partei Versuche dazu unternommen. Leider waren uns Erfolge nicht beschert, aber geringe Agilität auf diesem Gebiete kann man weder dem Bürgermeister noch den in der Gemeinde Wien mit diesen Dingen befassten Amtsstellen vorwerfen.

Selbst die Bundesregierung hat hier mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Der Redner der ÖVP hat beanstandet, dass sich der Finanzreferent der Gemeinde Wien mit dieser Sache in besonderem Masse beschäftigt hat. Meine Partei muss ihm dafür dankbar sein, wenn er die Tradition Breitners, Ordnung in den Finanzen zu halten, fortsetzt. (Beifall bei den Parteigenossen). Es ist doch selbstverständlich, dass der Finanzreferent die Initiative ergreifen muss, wenn die Lust dazu an anderer Stelle nicht übermässig gross ist. Ordnung ist die Grundlage für die städtischen Unternehmungen und wir Sozialisten wollen auf die Aufrechterhaltung dieser Ordnung sehen. Wir handeln dabei unserem Programm gemäss und sind stolz darauf, dass die Unternehmungen in öffentlicher Hand gut geführt werden und dabei das Personal gut behandelt werden kann. Wir glauben, dass dies eine Art Anzahlung auf alle jene Ideen ist, die wir mit dem Gesamtbegriff, "Verstaatlichung grosser Betriebe" zusammenfassen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Deshalb halten wir auch an unserem alten Programm der Selbstkostendeckung in den drei Grossunternehmungen fest.

Ausser den Lohnröhungen ist vor allem die ungeheure Steigerung der Materialpreise Ursache der Tariferhöhungen. Trotzdem sind diese gegenüber denjenigen bei Eisenbahn, Post- und Telephon noch immer verhältnismässig gering. Wir kommen am spätesten und sind am billigsten. Mit diesen Tarifen zahlen die Wiener die Kosten eines Krieges, den man nicht auf ihr Konto schreiben kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Die Sozialistische Fraktion wird im Bewusstsein ihrer Verantwortung als Mehrheitspartei und in Fortsetzung der Politik von 1918 bis 1934 für diese Vorlage stimmen, um die städtischen Unternehmungen im Interesse der Wiener Bevölkerung gesund zu erhalten, und in der Hoffnung, dass sich auf gut geführten, wirtschaftlich starken Unternehmungen wieder so wie vor 1934 ein ordentlicher Aufbaukredit für die Stadt Wien gründen möge, wie Breitner solche Kredite auf Grund der guten Führung der Unternehmungen der Stadt Wien erhalten hat. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Stadtrat Dr. Exel: (ÖVP) stellte in seinem Schlußwort fest, daß in Österreich nur schwer Wirtschaftspolitik gemacht werden kann, wenn eine Souveränität nur von Menschen ausgeübt werden kann, die keine Österreicher sind. Es wäre z.B. eine ausgezeichnete Wirtschaftspolitik, wenn das Zistersdorfer Erdöl den Österreichern zugute käme. (Beifall bei der ÖVP) Leider wird dieses Öl in verschiedene Kanäle der Weltwirtschaft geleitet, ohne daß die Gemeinde oder die Regierung in der Lage wären, etwas dagegen zu tun. Der Redner erwähnte sodann den Vorfall, daß ein Beamter der Gaswerke bei einer von ihm beabsichtigten Untersuchungserbeit in einem österreichischen Erdgasrevier mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurde, den Platz zu verlassen. Es ist zu fragen, wie unter solchen Umständen eine Erschließung neuer Erdgasquellen vorgenommen werden soll?

In der darauffolgenden Abstimmung, wurden die Abänderungsanträge Dr. Soswinskys abgelehnt und die Tarifierhöhungen angenommen.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 45 Minuten.)

Die neuen Städtischen Tarife

Auf Grund der Anträge der Direktionen der Städtischen Unternehmungen hat der Wiener Gemeinderat nachstehende Tarife beschlossen:

Gaspreise und Grundgebühren

Der Preis für Haushaltgas wird von 14 auf 20 Groschen je m³ erhöht, für Gewerbegas von 12 auf 18 bzw. von 9 auf 11.7 Groschen. Der bisherige Raumheiz-Gastarif wird aufgelassen.

Der Gaspreis für die an das Gaswerk Traiskirchen angeschlossenen Gemeinden Möllersdorf, Traiskirchen und Wienersdorf wird für Haushaltgas von 20 auf 30, für Gewerbegas von 17 auf 27 Groschen erhöht.

Die Grundgebühren erfahren gleichfalls eine rund 50%ige Erhöhung, sodaß die niedrigste Grundgebühr von 40 auf 60 Groschen und die höchste von S 5.10 auf S 7.50 pro Monat erhöht wird.

Die Tarife der Elektrizitätswerke

Für den im Haushalt verbrauchten Strom gelten folgende Tarifbestimmungen:

Die Sondervereinbarung H4 und der Grundpreistarif H7 werden aufgelassen. Der Grundpreistarif H8 geht in den neu geschaffenen Grundpreistarif H 10 mit einem Arbeitspreis von 10 Groschen je kWh über, der Grundpreistarif H 15 in den Grundpreistarif H 20 mit einem Arbeitspreis von 20 Groschen je kWh.

Die Grundpreise betragen nunmehr beim Tarif H 10 für 1 bis 2 Räume S 2.60, für jeden weiteren Raum je 2 S pro Monat. Beim Tarif H 20 für 1 bis 2 Räume 2 S, für jeden weiteren Raum S 1.20 pro Monat.

Der Regelverbrauchstarif E wird aufgelassen. Die Abnehmer werden in den für sie vorteilhaftesten Tarif, H 10, H 20 oder bei geringem Verbrauch K 60, überführt.

Der Kleinstabnahmertarif K 43 wird nun K 60, mit einem Arbeitspreis von 60 Groschen je kWh, heißen. Die Preiserhöhung beträgt also bei diesem Tarif 17 Groschen, d.s. kaum 40 %. Der

Grundpreis wird einheitlich für 2-Leiterzähler auf 1 S, für 3 bis 4-Leiterzähler auf 2 S monatlich erhöht.

Die Gewerbetarife. Der Grundpreistarif G 8 geht in den Grundpreistarif G 10 mit einem Arbeitspreis von 10 Groschen je kWh, über. Es tritt also eine Preiserhöhung von 8 auf 10 Groschen ein. Die Grundpreise zu diesem Tarif werden nur zum Teil erhöht. Die höchste Steigerung beträgt auch in diesem Falle nur 50 %.

Der Grundpreistarif G 15 wird aufgelassen. Die Abnehmer werden in die Tarife K 25 oder G 10 überführt. An Stelle der Grundpreistarife HG 8 und HG 15 tritt der Grundpreistarif HG 10.

Der Kleinstabnehmertarif K 17 wird in den Tarif K 25 umgewandelt. Für diesen Tarif gelten die gleichen Grundpreise wie für K 60.

Der Kleinstabnehmertarif K 43 geht in den Tarif K 60, der Kleinstabnehmertarif K 30 in den Tarif K 45 über.

Für die Landwirtschaft wird der bisherige Tarif L 8 in den Tarif L 10, der Tarif LG 8 in den Tarif LG 10 umgewandelt. Es tritt also hier nur eine 25%ige Erhöhung der Arbeitspreise ein, während die Grundpreise von 2 S für die ersten 3 ha auf 5 S und von 0.20 S für jedes weitere ha auf 0.50 S pro Monat erhöht werden.

Im gleichen Verhältnis wie bei den angegebenen Tarifen werden auch die Spezialtarife der städtischen Elektrizitätswerke erhöht.

Wiener Verkehrsbetriebe

=====

Die Tarifierhöhung der Wiener Verkehrsbetriebe ergibt im allgemeinen die Fahrpreise, die in Wien vor dem März 1938 gegolten haben.

Der Preis des Kinderfahr Scheins bleibt mit 10 Groschen unverändert, der des Tagesfahr Scheins wird von 25 auf 35 Groschen, der des Rückfahr Scheins von 45 auf 60 Groschen, der des Nachtfahr Scheins von 50 auf 70 Groschen und jener des Gepäck- und Hundefahr Scheins von 25 auf 30 Groschen erhöht.

Die Fahr Scheine im Vorverkauf kosten in Zukunft: der Kinderfahr Schein 8 statt bisher 6 Groschen, der Tagesfahr Schein 33 gegenüber 25 Groschen. Die Vorverkaufsfahr Scheine werden also von nun an wieder zu einem ermäßigten Preis abgegeben.

Die gewöhnliche Wochenkarte wird 2.10 S gegenüber 1.50 S, die Wochenkarte für die Tarifgebiete I und II 2.50 S gegenüber 1.80 S und die Nachtweekenkarte 2.80 S gegenüber 2 S kosten. Bei den Zeitkarten treten folgende Preiserhöhungen ein:

Halbjahresnetzkarte 175 S gegen bisher 125 S, Monatsnetzkarte 35 gegen 25 S, Streckenkarten bis zu 2 Teilstrecken 15 gegen 11 S und über 2 Teilstrecken 18 gegenüber 13 S.

Die Schülerkarten werden für Berufsschüler von 1 auf 1.40 S, für Pflichtschüler von 3 auf 4 S, für Hochschüler von 6 auf 8 S erhöht.

Bei den Fahrpreisen für die Autobus- (Obus-) Linien treten nur geringfügige Tarifierhöhungen ein, weil diese Tarife zu meist erst vor kürzerer Zeit erstellt wurden. Die Fahrpreise für 1 und 2 Teilstrecken bleiben mit 20 bzw. 25 Groschen unverändert. Bei den übrigen Schaffnerfahrtscheinen tritt eine Erhöhung um je 5 Groschen auf 35 bzw. 50 Groschen und beim Gepäckfahrtschein auf 50 Groschen ein. Die Wochenkarte wird in Zukunft statt 1.50 S 1.80 S kosten, die bisherige Wochenkarte zu 2 S wird aufgelassen. Der Preis der Schülerstreckenkarte wird von 3 S auf 3.50 S erhöht.

Der Preis für die Übergangsfahrtscheine für die Straßenbahn (Stadtbahn) und den Autobus (Obus) wird von 50 Groschen auf 65 bzw. 60 auf 75 Groschen erhöht. Die Wochenkarten werden in Zukunft 3.90 gegenüber 3 S kosten. Die Wochenkarte zu 3.50 S wird aufgelassen

Im gleichen Verhältnis erfolgt die Erhöhung der Fahrpreise der Sonder- und Ausnahmstarife.

Die neuen Gas- und Stromtarife treten mit dem 3. Februar 1947, die Tarife der Verkehrsbetriebe mit dem 2. Februar 1947 in Kraft.

Der Besuch der Schweizer Journalisten

=====

Die in Wien weilende Schweizer Journalistendelegation wurde heute vormittags von Kardinal Dr. Innitzer empfangen und hat nachher das Flüchtlingslager in der Speckbachergasse sowie die von der Schweizer Caritas eingerichtete Schuster- und Schneiderwerkstätte besichtigt. Anschließend hat die Delegation die Fürsorgebaracke des Hilfswerkes der evangelischen Kirchen der Schweiz am Neubaugürtel besucht. Abends haben die Schweizer Gäste der Schubertfeier der Stadt Wien im Konzerthaus beigewohnt.